

Neufache



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurzzettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ulstein & Co. (Chefredaktor: Georg Bernbard, Verantw. Red. im Ansa. G. Handolat, i. V. Karl Wolfgang Philipp, Ill. u. v. Mannschorde nach zurückg. Wolfgang Faltig)

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Veranstaltungszentrale Ulstein in: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3605, für den Fernverkehr: Amt Dönhofs 3608-3609, Telegrafische Adresse: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Entscheidung der Demokraten

Für Deutsche Staatspartei / Die Führerfrage

Am Dienstag des Vorigen tags hat der Demokratische Partei ausnahmslos zum letzten Male, denn die Demokratische Partei wird der neuen Deutschen Staatspartei für die Wahlen ihren Apparat, ihre Organisation zur Verfügung stellen und sich dann auflösen, weil sie zum allergrößten Teil in der politischen Kampfabwicklung aufgegangen sein wird.

Dies ist der beherrschende Eindruck, den man schon unmittelbar nach dem Referat von Koch-Weser, nach der Diskussionsrede Gelpo-grads gewinnt: die höchste Instanz der Demokratischen Partei, nur die vollendete Tatsache gefühlt, billigt mit überwiegender Mehrheit die Aktion ihres Führers, folgt ihm auf dem Wege der in die Deutsche Staatspartei, die Diskussions, die erst am Nachmittag abgeschlossen wird, ging mehr um die Frage der Führerschaft und die programmatische Gestaltung, als um die Begründung selbst.

Koch-Weser begründete, warum er ohne formelle Zustimmung des Parteiausschusses an der Gründung der Deutschen Staatspartei mitgewirkt habe. Es mühte sich gebührend, was, als der Reichstag aufgestellt war, und die Bildung dieser Aktion war im Grunde bereits durch eine Entschlossenheit des Parteiausschusses gefestigt, die im Mai in Halle gefaßt wurde. Auch in einer Beratung mit den Vorständen der einzelnen Parteifreie habe sich ergeben, daß diese zwar mit Entschiedenheit gegen eine Addition bestehender Parteien Stellung nehmen, aber freudig für die Neugründung einer größeren Partei eintreten, namentlich in Anbetracht der Volkswirtschaftlichen Notlage. Das Vergehen des Vorstehens der Deutschen Staatspartei, Dr. Scholz, bewies, daß man auf dem altergebrachten Wege zu keinem Ergebnis komme, sondern lediglich nach der Möglichkeit habe, die Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen den anderen aufzuheben. Die neue Partei sei sich einig in dem Ziel der Vereinigung der Republik gegenüber Angriffen der radikalen Parteien rechts und links. Es müßte, so betonte der Parteivorstand, eine Partei vorhanden sein, die in jugendlichen Jahren diesen Aufgaben gewachsen wäre. Ein besonderer Erfolg sei es, daß Männer der Arbeit und Mitglieder der Christ-Christen und der Christlichen Gewerkschaften mit dem besten, klaren Bewusstsein zur heutigen Privatwirtschaftsordnung zusammengebracht worden seien. Ein harter Wille, die notwendigen Reformen, insbesondere die Wahlreform und die Reichsreform, zu vollziehen, erfüllte die neue Organisation. Er selbst werde es als eine der ersten Aufgaben der neuen Partei ansehen, zu geheimer Zeit Volksabgeordneten für eine Wahlreform und für die Reichsreform ins Leben zu rufen.

Koch-Weser wandte sich dann der Stellungnahme der neuen Partei zur Sozialdemokratie zu. Er halte die geistige Art, in der die Sozialdemokratie die neue Partei aufgenommen habe, für eine der größten Ungeschicklichkeiten der Sozialdemokratischen Partei. Jetzt kämen doch Menschen zusammen, die der Sozialdemokratie wirklich unbenommen gegenüberstünden und dadurch bereit seien, erforderlichenfalls auch mit ihr zusammenzugehen. Jedes auch nur latente Zusammengehen mit dieser oder jener Gruppe lehne die neue Partei mit aller Entschiedenheit ab.

Einiger Widerspruch machte sich aus der Versammlung heraus bemerkbar, als der Parteiführer dann über das Zusammengehen mit der Volkswirtschaftlichen Reichsvereinigung sprach. Er wies darauf hin, daß die neue Partei mit absoluter Entschlossenheit auf dem Standpunkt der völligen Ablehnung aller Staatsabgeordneten stehe. Es gebe in ihr weder politische noch soziale, noch konfessionelle oder reformistische Unterschiede. (Gurzel: Und der Jungbo?) Arthur Wohraun habe nicht für seine Person, sondern für seine bisherige Partei, die ausdrücklich Erklärung abgegeben, daß Antisemitismus in jeglicher Form ihm fern liege und daß er es

wan das Entschiedenste als eine Verleumdung ansehen würde, wenn man ihm Antisemitismus vorwerfe.

Die Anfangsreden der neuen Partei seien nach nicht abgeschlossen; die nächsten Tage würden weitere Entscheidungen bringen. Die Republik dürfe nicht Interkonnat werden, sonst folge der Reaktion die Revolution; sie könne nur evolutionär sein, und die neue Partei werde dazu beitragen, eine fortschrittliche, evolutionäre Republik zu schaffen. Die eigentliche Realisierung der Partei könne erst nach dem Wohlen erfolgen. Bei der Aufstellung der Kandidaten werde man besonderen Wert auf die Veranschaulichung der Jugend und der Frauen legen.

Koch applaudierte zum Schluß an die Parteifreie, die Einsicht und die Opferwilligkeit seiner Freunde und erbat vom Ausschuss die Billigung seines Vorgehens.

Als erster Redner aus der Versammlung sprach Professor

Sellpach der es als ein wichtiges Erfordernis beschrieb, daß die neue Partei aus dem neuen Rahmen gefaßt werde. Er hält es für das Richtige, wenn an der Spitze der Deutschen Staatspartei der Abgeordnete und Reichstagsminister Dietrich tritt.

Weslar und Scholz

Am Tag der Begründung der Konserativen Staatspartei verankelnde Graf Weslar einen Tee im Kaiserhof, bei dem er eine Ansprache hielt.

Bei dieser Gelegenheit soll er erklärt haben, er halte ein praktisches Zusammengehen mit der Deutschen Staatspartei und anderen Parteien für angemessen, so auch die neue Konserervative Partei eine ausgeglichene Staatspartei sein müßte.

Diese Erklärung wird jetzt demontiert. Die Presse hatte der Konserativen Partei erklärt, Graf Weslar habe im Gegenteil eine „enge praktische Zusammenarbeit mit der Deutschen Staatspartei als dringend erwünscht und nur die Aufstellung einer gemeinsamen Liste als zur Zeit undurchführbar bezeichnet“.

Das Ehrenmal

Tessenos Entwurf zur Ausführung bestimmt

Amlich wird mitgeteilt, daß die Reichsregierung und preussische Staatsregierung sich in dem einstimmig beschlossenen haben, den Entwurf von Heinrich Tesseno für die Umgestaltung der Schinkel'schen Hauptmaße unter den Linden zu einer Gedächtnisstätte für die Gefallenen des Weltkrieges anzunehmen und dem Künstler die Ausführung zu übertragen.

Die Ausführung der Regierung ist sehr schnell erfolgt, da man die Arbeiten beschleunigen will und, wie bereits mitgeteilt, möglichst schon am Totensonntag im November das Ehrenmal errichten möchte. Tesseno's Vorhaben ist überall, auch in der „Börsenzeitung“, mit der Anerkennung aufgenommen worden, die er verdient. Aber es ist in der Öffentlichkeit auch nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß streng genommen dieser Entwurf, der vom Gutachterkollegium an erster Stelle hervorgehoben wurde und nun Offizial werden soll, nur nicht den Bedingungen des ausgeschriebenen Wettbewerbs entsprach. Man hätte mindestens erwarten müssen, daß die Regierung sich hierüber geäußert und eine Erklärung abgegeben hätte. Mit der Niederschrift der Erwägungen der Jury in ihrem Protokoll ist es nicht geschehen. Das ist ein privates Schriftstück, mit dem die Öffentlichkeit nichts zu tun hat. So hoch wir Tessenos edle und würdige Lösung der Aufgabe schätzen, — hier ist ein Fehler des Verfahrens. Es handelt sich nicht um formellen Kleinraum, sondern um die Bedeutung eines einfachen Rechtsverfahrens. Dringend ist zu hoffen, daß die bisher sehr mühsame Entscheidung nachgeliefert wird, wenn nicht der peinliche Nebenregelmäßig eines einigermaßen bittarischen Verfahrens hervorgehen werden soll.

Hebendes ist die Öffentlichkeit eine Mitteilung darüber erwarten, daß Tessenos wertvolle Arbeit nach den verschiedenen Gesichtspunkten hin, die in den Kreisen von Künstlern und Architekten geltend gemacht worden sind und auch in den Besprechungen der Presse zum Ausdruck kommen, noch durchgearbeitet und verbessert werden soll. Wir nehmen an, daß dies ohnehin geschehen wird. Aber auch hier würde es doch wohl richtig, der Allgemeinheit ein Wort zu sagen. Wir sind ja nicht mehr Obrigkeitstaat, wo der Bürger sich dabei zu be-

rühnen hätte, daß die Behörden schon für sie sorgen würden. Das alles mußte gesagt sein. Standes es geschähe, darf man hoffen, namentlich aus einem tiefen Gefühl für den angelegenen Zweck entstehender Plan zu einem befriedigenden Ergebnis führen.

Bekanntnis zur Staatspartei

Der reichsführende Ausschuss der Februar-Klub-Bewegung in Köln erstigt eine Erklärung, in der die enbliche zumabestimmten Begründung der Deutschen Staatspartei begrüßt wird, als erster Schritt zu jener Sammlung, welche die Februar-Klub aufbringen. Die Mitglieder werden ermahnt, der neuen Partei anzutreten zu jähren und ihr dadurch Stoffkraft zu verleihen. Es sei zu wünschen, daß die Deutsche Staatspartei, deren Führer die bürgerliche Sammlung mit christlichem Willen anstrebe, durch geschlossenen Abtritt zur Deutschen Staatspartei deren Grundlage erweitert und damit auch eine Zersplitterung ihrer eigenen Kräfte vermeide.

Betreiber der „Front 1929“, die gestern in Berlin im Aero-Club tagten, faßten eine Entschlossenheit, die der Gründung der Deutschen Staatspartei zuzustimmen.

Am Montag wird Reichstagsminister Dietrich in einer großen Versammlung in Aachen über die Stellung der politischen Lage nehmen und vor allem über die Gründung der Staatspartei sprechen.

Kommunisten-Blünderungen in Tschangschä

London, 30. Juli / Ulstein-Nachrichtendienst

Nach Meldungen aus Pankau hat der Vorstoß kommunistischer Barden auf die Stadt Tschangschä, dem strategischen Mittelpunkt der Provinz Szechuan, mit einer Besetzung der Stadt geadert, die in Glimmen fallen soll. Politische öffentliche Gebäude und Geschäftslokale, selbst das britische Konsulat sind geplündert und teilweise zerstört. Fast alle Ausländer konnten auf das britische Konsulat „Aphs“ flüchten, jedoch hat drei amerikanische Missionare und ein italienischer Priester gefangen genommen worden.

Kinderlähmungs-Epidemie in Finnland

Stockholm, 30. Juli / Ulstein-Nachrichtendienst

Im südlichen Finnland ist eine schwere Kinderlähmungs-Epidemie ausgebrochen, die bereits eine große Anzahl Todesopfer gefordert hat. In mehreren Orten mußten die Volksschulen in Kronenbühler umgewandelt werden. Auch aus dem nördlichen Schweden werden Fälle von Kinderlähmung gemeldet.

MacDonald über die ägyptischen Unruhen

London, 29. Juli / Ulstein-Nachrichtendienst

Am Verlaufe der heutigen Unterhaus-Debatte über die Außenpolitik der englischen Regierung, wie Churchill sofort Kritik an der ägyptischen Politik. Er warf der Regierung hauptsächlich die Abwertung des früheren Oberkonsuliers, Lord Cromby, sowie die unglückliche Initiative während der ergebnislos verlaufenen anglo-ägyptischen Verhandlungen vor. Die jüngsten Briten Zusammenkünfte, die bei Beibehaltung der gegenwärtigen ägyptischen Politik an Verhandlung zumeinander würden, führte Churchill zurück auf den Standpunkt, Retiro und Megandien von

britischen Truppen zu entlassen und diese Truppen nach dem Einzug und dem Euz-Ronal zurückzuführen.

In Abwesenheit des Außenministers, der bereits in Urlaub gegangen ist, erwähnte MacDonald, die Ansicht der englischen Regierung ist, daß die ägyptischen Ägyptischen Ägypten-Politik der ägyptischen Regierung ein Recht habe, sich einzumischen, solange das Leben der Europäer in Ägypten nicht unbedingt in Gefahr sei. Die Streitigkeiten, die nach Megandien beordert wurden, um das Leben der Europäer zu schützen, seien bereits wieder abgegrenzt.

Was wird aus den Studentenschaften?

Die Breslauer Tagung

Bericht für die „Westliche Zeitung“

Breslau, Ende Juli

Die Breslauer Tagung der „Deutschen Studentenschaft“ — der Organisation der rechtschönen Studentenvereine — die außer dem Kampf mit den preussischen Schulministerien stehen, „freien Studentenschaften“ noch einige hoch anerkannte „Allgemeine Studentenschaften“ aus Ostpreußen und Ostschlesien umfaßt — hat wegen ihrer politischen Reklamezeit. Auf dem Gebiet der Hochschulreform und der Hochschulpolitik hat man keine Erkenntnisse nicht gewonnen. Dofile teilte man sich einige ausgeprochen parteipolitische Wünsche, die für die Stimmung der Zeit ausnehmend von Korporationsstudenten befehligen Charaktere waren.

Wie schon berichtet, hat man die Bisherigen Einseitigkeit eines öffentlichen Übertritts und Entschuldigungen über die Behauptung als Ergebnis der Beratungen des politischen „Bildungsausschusses“ gefaßt. Recht bemerkenswert war auch ein Beschluf, das eine Störung im Verein für den Deutschtum im Ausland, das heißt, eine Abwehr der vor allem von Reichsminister A. D. Hill auf der letzten Galaburg-Tagung des A. D. V. an der Reichsöffentlichkeit einiger ihrer öffentlichen Gruppen aufzuweisen. Man nahm ferner einen Antrag an, der die Beteiligung an Verfassungsverfahren, solange die freien Studentenschaften nicht als Allgemeinereit anerkannt seien. Ein Antrag der Vertreter der Universität Württemberg, der sich gegen die Nationalitäten und ihre politischen Anträge richtete, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Für die bemerkenswerte Lage in der „Deutschen Studentenschaft“ ist es bezeichnend, daß die Führung, die auch jetzt wieder beibehalten wurde, obwohl sie in politischen Dingen durchaus gemäßig ist, nicht gegen die auf der Seite der Hochschulpolitik immer härter auftretenden radikalpolitischen Stimmungen auftritt. Das ist bezeichnend, denn für die Beurteilung des Verfalls des Studententages müssen in der Öffentlichkeit die in nationalpolitischen Fahrwegen laufenden politischen Tendenzbestrebungen härter ins Gewicht fallen als die vom Verband unabhängigerer tendenzielle Arbeit.

Die Ausprüche über die Hochschulreform wurden durch ein Beschluf des Kreisvereins Theologen Prof. Beyer eingeleitet, der sich auf den Standpunkt stellt, daß der Organisationsunterstützung nicht nur schand, sondern auch eine gewisse Formteil. Er sprach sich demgegenüber gegen die Formalisierung der Forderung nach „Führung und Lehre“, aber auch gegen die Überbetonung des Erziehungsgebodens, und seine Vorschläge gingen mehr auf organisatorische als auf grundsätzliche Reformen, so zum Beispiel auf Beförderung der Stille, ein wissenschaftliches Arbeiten an einem Teilgebiet zu ermöglichen. Die Rede kam auch in der Forderung nach akademischer Freiheit, unter Abgrenzung der Rechte des Schulministers. Die Idee der Staatshilfe wird nicht zwischen den religiösen und den weltanschaulichen Stimmungen zu werten und es gebe keine Staatshilfe und keine staatliche Beiratsorgane.

Die vom Studententag danach angenommene Entschuldigung bleibt gleichgültig im Theoretischen stehen, fordert „Hochschulautonomie und akademische Freiheit“. Zu den dringenden Fragen einer Reform des Hochschulunterrichts wird wenig gesagt.

Im weiteren Verlauf kam dann — vom Vorhinein in keinem Bereich angefragt und befragt aufgenommen — eine nur aus der Staatshilfe des Republikanischen Vereins zu verheißener Stellungnahme zu der Frage der Überlieferung der Hochschulpolitik. Man sieht die Situation deshalb so gefaßt an, weil die „Waffen in das Akademierium einbringen“. Die Überlieferung der Hochschulpolitik bringe es mit sich, daß die „Omnibusinteressen des Akademieriums zu verschwinden drohen“. Der Sinn für Ökonomik, wie Korporationen, gebe in dem gleichen Moment keine, das nicht mehr der einzelne Student, sondern eine Reihe die Hochschulpolitik. Da dieser Entwicklung offenbar die eine Richtschnur, die besondere Beachtung verdient. Das Referat des Vorstehers kam im übrigen bei Behandlung des alten Verfassungsvertrages, ebenso wie die diesjährigen ange-

nommene entsprechende Entschuldigung, zu der Behauptung, daß durch die Anerkennung der „Studentenschaften“ (durch die Überlegung auf dem nationalpolitischen Prinzip lebenden dortigen Professoren) für das preussische Schulministerium die Verantwortung gegeben ist, nicht sich jetzt einen Schritt in der Frage der staatlichen Anerkennung zu unternehmen. Der Wille zu Verhandlungen mit dem Schulministerium ist, wie sich erkennen ließ, innerhalb der „Deutschen Studentenschaft“ gewachsen.

Man muß dazu feststellen, daß durch die Kontinanzierung der Wiener Beziehungen keine neuen Situationen geschaffen wird, und es zunächst an den nationalpolitischen Studenten ist, zu der

noch immer bestehenden Preussischen Studentenschaftswahlreform entgegen dem Willen und Absicht zu stehen. Die „Deutsche Studentenschaft“ erhebt immer noch den unerschütterlichen Anspruch, die Nationalvertretung sämtlicher Studenten zu sein. Das ging während aus der Beratung der Zeitschriften Studentenschaft hervor, der man das Referat auf der Tagung entgegen, weil sie sich nicht um einen Wiederertritt in die „Deutsche Studentenschaft“ bemüht habe. Die „Deutsche Studentenschaft“ will sich auch jetzt noch nicht entschließen, sich paritätisch mit den anderen Gruppen einen Vertrag zu leisten. Das ist eine Entschuldigung für alle diejenigen, die eine endgültige Vereinigung der Hochschulvereine wünschen und von feststellen müssen, daß die theoretisch gemäßigste Einstellung des Verbandes der „Deutschen Studentenschaft“ zu den tatsächlichen Fragen nach immer nicht in der Frage entwirrt ist. Martin Darge.

Brüning gegen Hugenberg-Manöver

Scheiderrat Hugenberg hat am Sonnabend einen Brief an den Reichslandtag gerichtet, in dem er erludete, daß Rotverordnungen das Schiffsprogramm durchzuführen. Diese Aktion wurde in der Deutschnationalen Presse als ein besonderes Verbrechen Hugenberg gefaßt, der die Reichsregierung „unter Druck“ setzt. Auf der anderen Seite wie die „Germania“ darauf hin, daß es sich um ein Entlassungsmanöver Hugenberg handle, der die Tatsache verweisen wolle, daß seine Haltung im Reichstag die Tatsache des Schiffsprogramms verneint habe.

Jetzt hat Reichslandtag Brüning das Schreiben Hugenberg beantwortet. Sichtlich in der Form, aber sehr entschieden in der Sache. Er betont besonders auch die Schuld der Parteien, die der Reichsregierung zu der Erfüllung der Hilfsmittelmaßnahmen erlaubten Mittel verweigerten. Das Schreiben lautet:

„Sehr geehrter Herr Reichstag!“

Ihr gefl. Schreiben vom 25. Juli habe ich erhalten, nachdem der Herr Reichslandtag bereits die neuen Rotverordnungen auf Grund des Art. 48 unterzeichnet hatte. Die Vermittlung des letzten Schiffsprogramms ist durch die Abkündigung des 18. Juli geworden. Eine Einbeziehung des von der Reichsregierung vorgelegten Schiffsprogramms in die auf Grund des Art. 48 erteilten Rotverordnungen ist aus verfassungsrechtlichen und rechtspolitischen Gründen nicht möglich.

Eine Beförderung der Entschuldigungen über das Schiffsprogramm nach meines Wissens nie beabsichtigt. Allerdings war den Parteien klar, daß vor der Verabschiedung des Etats und der Beschlußmaßnahmen das Schiffsprogramm lediglich auf dem Papier lag. Wenn alle das Schiffsprogramm nicht insoweit hat verabschiedet werden können und nicht schon die Grundlage für einige auf eine Reihe von Jahren vorgesehene Maßnahmen ge-

lassen werden konnte, so trifft die Schuld hierfür die Parteien, die der Reichsregierung zu der Erfüllung auch dieser Maßnahmen notwendigen Mittel verweigert haben.

Mit dem Ausdruck ausgezeichneter Hochachtung
geg.: Dr. Brüning

Bangs Kandidatur

Dresden, 30. Juli | Ulstein-Nachrichtendienst
Die Deutschnationalen Hugenberg-Präsident haben im Wahlkreise D 15 a in wieder den altbekannten Oberleitungsamt A. Dr. Bang, der vor zwei Jahren auf besonders brüning'sche Verlangen Hugenberg gegen den eigentlichen Willen der ostpreussischen Deutschnationalen aufgestellt worden war, als Spitzenkandidaten nominiert. Wenn man das Ergebnis der Landtagswahlen und die Frucht aus der Deutschnationalen Volksliste, die gerade auch in Sachen angeordnet ist, betrachtet, erscheinen seine Aussichten wenig glänzlich.

Weitere Austrittserklärungen

Der Landesverband der anhaltischen Deutschnationalen, 3 2 n 15, hat sein Amt niedergelegt, weil er die Partei-Organisationsstruktur nicht mehr anerkennen kann. In Ansbach a. M. hat die deutschnationale Gewerkschaftler, Stadtrat Dr. Franke, aus der Partei ausgetreten.

Für Hindenburg und Schiele

Der Gesamtverband des Bundes der Freie Gewerkschaften, der unter großer Beteiligung aus allen Gebieten der Brauns im Halle liegt, beschloß, zur Reichstagswahl unter der Parole: „Für Hindenburg und Schiele“ die Kandidatur zu wählen.

Württemberg will sparen

Stuttgart, 30. Juli | Ulstein-Nachrichtendienst
Die württembergische Regierung hat eine Sparverordnung erlassen, nach der sämtliche sozialen Ausgaben des laufenden Jahres um mindestens 500 000 Mark zu kürzen sind. Von der Maßnahme sind ausgenommen die Ausgaben, für welche eine gesetzliche und vertragliche Verpflichtung besteht. Das Staatsministerium behält sich überdies vor, für die Jahre 1930, 1931 und 1932 eine Haushaltsrevision zu treffen, wonach die Gehaltszahl der Beamten und Angestellten nach dem Stand vom 1. August 1930 nicht übersteigen werden darf.

Mordanklage gegen Lampel

Die Kulturproleten Breslau mittels, hat in der Strafklage gegen Lampel und Gensler mittelst die Staatsanwaltschaft Leipzig gegen die drei Angeklagten Lampel, Schneiderger und Weimig die Anklage wegen Mordes erhoben.

Die Anklageerhebung in dem sogenannten Gemischt-Lampel, der zu Beginn dieses Jahres zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde.

haltung des Richters führte, ist eine Folge der Ablehnung der Anklage durch den Reichstag. Die Staatsanwaltschaft hatte in der Annahme, daß durch die sicher erwartete Anklage die Durchführung des Prozesses gegen Lampel nicht in Frage kommen würde, die Anklage erheben lassen.

Urteilsmilderung für die Wormjer Demofrankten

Darmstadt, 30. Juli | Ulstein-Nachrichtendienst
Der dem Verurteilungsöffnungsrichter kam noch einmal der Wormser Gemischtschloßmann am 30. Januar dieses Jahres zur Verhandlung. Die kommunifizierte Demofrankten, unter anderen der preussische Landtagsabgeordnete Müller und zwei Wormjer Stadträte, waren zum Gefängnisöffnungsrichter seiner Zeit zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Der der Verurteilungsinstanz stellte sich nun heraus, daß der inzwischen verabschiedete Wormjer Polizeikommissar Krollitz an dem früheren Schulmeister einen großen Teil der Schuld trug. Das Urteil des Verurteilungsrichters ist deshalb abgemildert worden. Müller wurde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Die beiden Wormjer Stadträte wurden das und abgemildert wurden freigesprochen. Der weitere Angeklagte erlitt ein sechs Monate Gefängnis. In zwölf Fällen erfolgte Freispruch.

Wirt warnet die Sozialdemokraten

Bei einer Kundgebung des leitenden Jugendratters Berlin und der Arbeiterbildungsvereine gab Reichsminister Dr. Wirt eine scharfe Erklärung gegen die Sozialdemokraten ab. Er stellte sich durchaus auf den Standpunkt des preussischen Gewerkschafters Schöb und betonte die Unmöglichkeit einer Zusammenarbeit, wenn die Sozialdemokratie nicht endlich zu einer grundsätzlichen Änderung ihrer Kampfesart komme. Der Sozialdemokratie sei es zuzuschreiben, wenn der großdeutsche demokratische Einheitsverband für die Gewerkschaften und für die Zukunft in Frage gestellt werde.

Für Amnietie in Bayern

Im Plenum des bayrischen Landtages wurde folgende Antrag der Bayerischen Reichstagsfraktion angenommen: Die Regierung möge sichmöglichst eine Gesetzgebung veranlassen, durch die alle Straftaten, die während der Weimarerzeit im besetzten Gebiet verübt wurden gegen den Separatismus und in unmittelbarem Zusammenhang mit der Weimarerzeit erfolgten, amnietiert werden.

Wähler 33 000 neue.
Die englische Reichstagswahl am 21. Juli ist mit 2 828 884 auf insgesamt 1 972 700 Wählerstimmen gefallen.

Auslieferungsvertrag mit Amerika

Um den Juwelen-Räuber Sandowff

Die Verhandlungen über einen Auslieferungsvertrag zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika und dem Deutschen Reich, die seit Monaten geführt werden, stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Die Verantwortlichen des amerikanischen Präsidenten und des Reichspräsidenten haben bereits einen gemeinsamen Entwurf für den künftigen Auslieferungsvertrag ausgefertigt. Der Entwurf wird jetzt im Reichsaussenministerium und im amerikanischen Staatsministerium nochmals geprüft.

Der Auslieferungsvertrag soll grundsätzlich gegenstandslos sein. Jedes Land liefert die in seinem Territorium befindlichen fremden Staatsangehörigen aus, wenn das andere Land dies wegen schwerer Verbrechen und Vergehen verlangt. Ausgeliefert wird wegen Mordes, Vergiftung, schwerer Körperverletzung, Mauterei in Gefangenen, Weizen in Schiffen, Weibende, Güterdiebstahlverbrechen, Eigentumsverbrechen.

Beim politischen Verbrechen und Vergehen erfolgt keine Auslieferung. Ausgeschlossen ist aber bestimmt, daß Verbrechen und Vergehen gegen das Leben niemals als politische Verbrechen anerkannt werden dürfen. In politischen anderen Auslieferungsverträgen ist der Begriff des politischen Verbrechens nicht weiter gefaßt, vor-

allem wird bei politischen Verbrechen gegen das Leben, wie schwere Körperverletzungen, Verbrechen, ausgeführt.

Durch den Abschluß des Vertrages wird der auf zehn Jahre erlaufene Fall, mit ein langjähriger rechtloser Zustand beendet. Früher hatten nur einzelne deutsche Staaten Auslieferungsverträge mit den U. S. A. Diese sind aber seit dem Beginn des Krieges mit Amerika außer Kraft.

Ständrecht, noch diejenige Recht ohne Vertrag ausgeliefert werden darf, ist dies nun amerikanischer Recht ausgeliefert. Während ein Auslieferung für die Befreiung des Verbrechens, dem große zwischen dem Verbrechens von U. S. A. und Deutschland befinden augenblicklich sehr harte Beziehungen, vor allem zwischen dem Verbrechens von New York und Hamburg sowie Berlin.

Es erhebt sich über das neue Auslieferungsvertrag voraussetzungen der amerikanische Juwelenräuber Sandowff. Sandowff eroberte fünfzig Juwelen hatte in Amerika Juwelen im Werte von 150 000 Dollar gestohlen. Mit ungelöster Geld hat der Drogist des Mr. Taylor auf der Befragung Mann Aulen aus u. a. eine aus 864 Briefen bestehende Karte gerettet. Der amerikanische Staatsanwalt Rowland aus Wislonske kam nach Deutschland zur Aufführung der Straftaten. In Berlin fand man bei seiner Verhaftung Schmutzpfaffen, die aus Willkürabsetzungen von Palm-Beach und Miami kamen. Sandowff ist aus Sing-Sing entlassen und auch mehrfach aus deutschen Strafanstalten.

Reichsbank 2475 (247), Danenbank 1865 (1855), Vereinigt Stahlwerke 79 (785), Gelsenkirchen 1095 (1083), Phoenix 785 (793) p.Kt.

Geringes Geschäft in London
 Da es an Anregung fehlte, ging an der heutigen Londoner Börse das Geschäft weiter zurück. Britische Staatspapiere fanden weniger Beachtung, da die gestrigen großen Goldbullisten die Hoffnungen auf eine baldige Steigerung der Goldreserven fast völlig gestrichelt, aber die Sterlingwäse weiter gut gestiegen. Internationale Papiere lagen unbehelligt. Auf den Londoner Märkten waren eine überaus geringe Anzahl von Wertpapieren.

Freiwirtschaftliche Grundstimmung

Bei geringem Geschäft

Trotz des schwachen Verlaufs der gestrigen New-Yorker Börse setzte die Berliner Börse ab allerdings ruhiger Geschäft gut behauptet ein. Mit Ausnahme von Reichsbank-Anleihe, die mit 245 (247) wesentlich niedriger lag, war keine bemerkenswerte Abschwächung zu beobachten. Dafür erzielten zahlreiche Werte Verbesserungen um 1—1½ Punkte und einige Spezialitäten sogar Erhöhungen zwischen 3 und 6 Punkten. Im Verlauf lief die Umsatzstätigkeit weiter nach, da jegliche Orders fehlten. Infolgedessen erfolgten mehrere kleine Schwankungen, jedoch blieb die Grundstimmung unerschütterlich. Gegen Schluss der zweiten Börsensunde waren im grossen Durchschnitt alle die ersten Kurse behauptet. Die stärksten Ausschläge hatten von Kalkstein westwärts mit 194 (+ 6) und Ascherleben mit 187 (+ 4½) aufzuweisen. Salzofenfahrn gingen erst später auf 321 (+ 2). Ferner hatten Schubert Stahl mit einer Steigerung auf 1245 eine aussergewöhnliche Befestigung aufzuweisen, allerdings gab es später auf 181 nach. Wicking Zement erzielten eine Höckerung von 88 (+ 3). Einzigen Interesse zeigte sich erneut für Montanaktien nicht zuletzt auf die Einigung der nordwestdeutschen Eisenindustrie. Klocknerwerk gingen bis 855 (+ 3½), Hoesch Stahl bis 87 (+ 2½) und Mitteld. Stahl mit 111 (+ 3). Von den chemischen Werten waren Farben mit + 152 kann veränderte, dagegen Fallberg lief mit 53½ um 2% Punkte höher, am Freitagmorgen hies sich die Veränderung ebenfalls in sich ergeben. Die Spitze hies Reag mit 1754 (+ 23½). Siemens waren etwa 1245½. Fest lagen dagegen Bil. Linolenum mit 185½ (+ 3½), Zellstoff Waldhof mit 132 (+ 3¾). Schwächer wurden vor allem Deutsch-Alt. Telegraphen mit 915 (- 3). Siemens waren etwa 1245½. Fest lagen dagegen Bil. Linolenum mit 185½ (+ 3½), Zellstoff Waldhof mit 132 (+ 3¾). Schwächer wurden vor allem Deutsch-Alt. Telegraphen mit 915 (- 3). Siemens waren etwa 1245½. Fest lagen dagegen Bil. Linolenum mit 185½ (+ 3½), Zellstoff Waldhof mit 132 (+ 3¾).

Reichsbank-Emission vor dem Abschluß

Auflegung von 50—75 Mill. M zu 6 pct. / Beteiligung der B. I. Z. ?

Obwohl ein formuliertes Angebot des Bankenkonsortiums an die Deutsche Reichsbank-Gesellschaft bezüglich der Schatzanweisungsmittel-Emissionen Stande noch nicht vorliegt, liegen die Grundzüge der Bedingungen bereits fest. Man rechnet damit, daß spätestens am Donnerstag die Verhandlungen in ihrem Abschluß führen werden. Im vorliegenden Falle sind von den rückerhaltenden Schatzanweisungen nur ein zwischen 50 und 75 Mill. M liegender Teil zur Auflegung vorgesehen, der über 10 pct. fest übernommen wird. An dem Konsortium sind dieselben Banken beteiligt, die an der Emission der Reichsbankvorsatzgattung mitgewirkt haben, mit dem Unterschied jedoch, daß die Deutsche Verkehrskredit-A.G., die einzeln nur als Zeichnungsbeteiligter, sich diesmal an der Übernahme beteiligt. Die Führung des Konsortiums liegt bei der Reichsbank.

Die deutschen öffentlichen Institute werden kaum in der Lage sein, wesentliche Beträge zu übernehmen. Die Golddiskont wird sich aber vielleicht beteiligen, außerdem scheint das Papier eine gute Anlage für die Bank für Internationale Zahlungsmittel (B.I.Z.) darzustellen.

Wenn die Verhandlungen des erwarteten Verlauf nehmen dürfte die Emission sehr bald, voraussichtlich noch in den ersten Augustwoche, vorstehen geben. Der Emissionskurs etwa zwischen 100 und 105 pct. evtl. etwas höher. Hinsichtlich der Emission sind die Verhandlungen über den Abschluß der International Acceptance Bank und der Bank of Manhattan Co. schneller zum Ziele führen dürften, wenn die Gesellschaft, die als Schuldnerin fungieren soll, tatsächlich geneigt ist.

Man ist sich darüber klar, daß der gegenwärtige Zeitpunkt für die Auflegung einer Auslandsanleihe sehr ungünstig ist. Die Verhältnisse der internationalen Kapitalmärkte sind so verzerrt durchzuführen zu können, ist geplant, einen Vorschub auf die später zu gebende Anleihe in Gestalt eines kleinen Kreditschusses in die Verhandlungen über diesen Punkt werden als aussichtsreich betrachtet.

Zusammenschluß der Glasindustrie

Syndikatsbildung und Fusionen

Bereits in der GV der Vereinigten Lausitzer Glaswerke wurde auf Zusammenschließungen innerhalb der deutschen Hohl- und Preßglasindustrie vorerstigen Wie vor Jahren sind diese Bestrebungen, die seit etwa dreiviertel Jahr geführt waren, nunmehr in ein aktives Stadium getreten. Es ist beabsichtigt, ein straff organisiertes Syndikat zu bilden, unter dessen Leitung und der Produktion und später auch zum gemeinsamen Verkauf zu gründen. In Verbindung damit steht jedoch innerhalb der Industrie eine umfassende Fusion einer bedeutenden Anzahl von Betrieben. Die vorerwähnten Bestrebungen sind voraussichtlich als eine Reihe der größeren Gesellschaften befinde dürfte. Die rechtliche Form dieser Fusion steht noch nicht endgültig fest.

Der Grund dieser einschneidenden Maßnahmen liegt in dem scharfen Konkurrenzkampf innerhalb der zionisch zersplitterten deutschen Industrie, der sich auch bei dem für sich besonders wesentlichen Export-ansatzem bemerkbar macht.

Heimische Renten erhöht

Am Markt für heimische Renten trat eine Erhöhung auf den Kursen zu Tage. Die Renten der Reichsbank waren zwar im Kurs wenig verändert, jedoch hat das Angebot nachgelassen. Liquidationsanleihe blieben nach wie vor einheitslos. Die Renten der Reichsbank waren zwar im Kurs wenig verändert, jedoch hat das Angebot nachgelassen. Liquidationsanleihe blieben nach wie vor einheitslos. Die Renten der Reichsbank waren zwar im Kurs wenig verändert, jedoch hat das Angebot nachgelassen. Liquidationsanleihe blieben nach wie vor einheitslos.

Zwischenkredit zur Arbeitsbeschaffung

Nach den vielfachen Verzögerungen, die die Gründung einer besonderen Bankanstalt, in welche das Reich seine Forderungen aus der produktiven Erwerbslosenunterstützung einbringt, erlitten hat, steht die endgültige Etablierung dieses Instituts unter der Firma „Deutscher Kreditrat für Offene Arbeit“ A.G. für die nächsten Tage bevor. Wie wir erfahren, will man die Angelegenheit deshalb beschleunigen, weil der Kautschukhandel mit Schrotter-Gruppe, dem International Acceptance Bank und der Bank of Manhattan Co. schneller zum Ziele führen dürften, wenn die Gesellschaft, die als Schuldnerin fungieren soll, tatsächlich geneigt ist.

Man ist sich darüber klar, daß der gegenwärtige Zeitpunkt für die Auflegung einer Auslandsanleihe sehr ungünstig ist. Die Verhältnisse der internationalen Kapitalmärkte sind so verzerrt durchzuführen zu können, ist geplant, einen Vorschub auf die später zu gebende Anleihe in Gestalt eines kleinen Kreditschusses in die Verhandlungen über diesen Punkt werden als aussichtsreich betrachtet.

Warenmärkte Kleines Getreide-Angebot

Das der Berliner Produktionsverliegende Angebot an Brotgetreide ist auffällig gering. Die zu kaufenden Mengen an Weizen und Roggen bedürftig werden sollen, müssen die Juli-Notierungen am Markt der Getreidebörsen wohl auf ein beträchtliches Mehrfachschätz zurückzuführen sein. Auch die Unsicherheit über die Auswirkungen des neuen Ertragsüberschusses, der sich in den letzten Tagen in Sommer- und Winterqualitäten in feinsten Sorten machte sich besonders bemerkbar, da die Ernteschancen als recht unsicher gelten. Hierauf hat im kleinen Angebot sich die folgende Preisbildung eingestellt.

Amlich festgesetzte Preise an der Produktionsbörsen

Weizen, märk.	35-7	29-7	Putterbrot	30-7	29-7
Roggen, märk.	158-11	158-11	Ackerbohnen	190-00	200-00
Brauerz.	174-197	174-197	Linolenum	185-00	185-00
Mehl, Weizen	178	178-184	„Rohes	185-00	185-00
„Rohes	178	178-184	Sardellen	10-60	11-60
Weizenmehl	2175-2900	2175-2900	Banankuchen	10-60	10-60
Roggenmehl	2000-2525	2000-2525	„Klein	10-60	10-60
Wickenmehl	1-75	1-75	Teufelskuchen	14-00	15-00
„Klein	1-75	1-75	„Klein	14-00	15-00
„Klein	1-75	1-75	„Klein	14-00	15-00
„Klein	1-75	1-75	„Klein	14-00	15-00

Unnotierte Werte

Adler Kohle	4000	Dr. P. Meyer	—	Winterhalder	152-154
Brown Boveri	—	Müller	9000	Röhm	800
„Lehrm.	—	National-Film	3000	Sigman Sal.	—
D. Lastauto	10000	Bohring	1000	„Bismarck	—
„Masch.	—	Zehn-Zählwerk	2500	„Diamond	—
„Masch.	—	„Zehn-Zählwerk	2500	„Kalko Ltd. u. M.	—
Dax Porzellan	80000	„Zehn-Zählwerk	2500	„Kalko Ltd. u. M.	—
„Porzellan	—	„Zehn-Zählwerk	2500	„Kalko Ltd. u. M.	—
Frst. & Holzm.	—	„Zehn-Zählwerk	2500	„Kalko Ltd. u. M.	—
„Holzm.	—	„Zehn-Zählwerk	2500	„Kalko Ltd. u. M.	—
Gem. Film	115250	„Zehn-Zählwerk	2500	„Kalko Ltd. u. M.	—
„Film	—	„Zehn-Zählwerk	2500	„Kalko Ltd. u. M.	—
„Film	—	„Zehn-Zählwerk	2500	„Kalko Ltd. u. M.	—
„Film	—	„Zehn-Zählwerk	2500	„Kalko Ltd. u. M.	—
„Film	—	„Zehn-Zählwerk	2500	„Kalko Ltd. u. M.	—

40 Millionen-Werke der Sächsischen Werke

New York, 30. Juli / Ulstein-Nachrichtendienst.
 Ein amerikanisches Bankenkonkordatium unter Führung der National City Co. und des Bankhauses Lee, Higginson & Co. legt 10 Mill. Dollar 5proz. garantierte Goldnoten der A.-G. Sächsische Werke, Dresden, zur Zeichnung auf. Der Appellpreis beträgt 97½ pct. Falligkeitstermin ist der 15. 7. 1932, doch können diese Goldnoten jederzeit unter Innehaltung einer Frist von 30 Tagen gekündigt werden. Die Rendite stellt sich auf 6,35 pct. bis 11. 7. 30.

Bankdirektor Friedrich Neubourg 50 Jahre

Der Kommerzienrat der Commerz- und Privat-Bank Friedrich Neubourg feiert am 2. August seines 50. Geburtstag. Neubourg, der seine Ausbildung als Bankfachmann in der Kriegsbörse in den Jahren 1870 bis 1875 an der National City Co. und Privat-Bank A.G. erlitt, widmet sich in erster Linie dem Ausbau der Auslandsbeziehungen des Instituts. Besonders hohes Ansehen genießt er in der Bank- und Finanzwelt der Vereinigten Staaten. Seit 1929 ist Neubourg ordentliches Vorstandsmitglied der Commerz- und Privat-Bank A.G.

Reichsbankhuld - Forderungen

Fälligkeit	Reichsbank	Devisen				Noten				
		Geld/Brief	Brief/Brief	Geld/Brief	Brief/Brief	Geld/Brief	Brief/Brief	Geld/Brief	Brief/Brief	
1931	9913	59 98	1935	88 26	1940	83 28	1945	76 63	1950	73 73
1932	96 96	1937	81 80	1942	79 88	1947	78 88	1952	73 73	
1933	96 96	1938	81 80	1943	79 88	1948	78 88	1953	73 73	
1934	96 96	1939	81 80	1944	79 88	1949	78 88	1954	73 73	
1935	96 96	1940	81 80	1945	79 88	1950	73 73	1955	73 73	

20 pct. Rückgang des Bierkonsums

Essen, 30. Juli / Ulstein-Nachrichtendienst.
 Die Bierpreiserhöhung, die in Zusammenhang mit der Steuererhöhung vorgenommen wurde und im Gastwirtschaftswesen vielfach die Ursache von Unruhen geworden ist, hat sich auch auf den Bierkonsum schwerföhlend erwiesen. Die rheinisch-westfälische Brauindustrie verzichtet für Juli verhältnismäßig erheblichen Rücklagen des Ansolos, der im Durchschnitt um etwa 20 pct. rückgegangen ist. Ein weiterer Grund hierfür ist die Preissteigerung, die durch die Entwicklung auf die Verminderung der Kaufkraft zurückzuführen ist, während die kühleren Witterung nur als Teilursache anzusehen ist. Ein weiterer Grund hierfür ist die Preissteigerung, die durch die Entwicklung auf die Verminderung der Kaufkraft zurückzuführen ist, während die kühleren Witterung nur als Teilursache anzusehen ist.

Neugründung Hirsch Gerste A.G. perfekt.

Die Verhandlungen zwischen Dr. S. Hirsch Gerste A.G. in Frankfurt am Main und Interessen Kart Schuenders sind nunmehr bei der technischen Einzelfragen einmütig abgeschlossen worden und zwar wird eine neue A.G. mit 2 Millionen RM Kapital entstehen, die voraussichtlich die Getreideverarbeitungs-Gesellschaft A.G. (Bier) in Berlin, die Getreideverarbeitungs-Gesellschaft A.G. (Weizen) in Frankfurt am Main haben wird. Die mit 1 Million RM Aktienkapital arbeitende S. Hirsch A.G. in Berlin, bei der bedeutende Verluste entstanden sind, wird wahrscheinlich aufgelöst werden. In der Getreideverarbeitungs-Gesellschaft A.G. werden u. a. die Scheuerschen Soßenhandelsfirmen Kollersohn in Darmstadt und I. Mayer u. Söhne in Wiesbaden vereinigt werden. Vorgeschieden sind die Aktienkapital der Hirsch Gerste A.G. Berlin, sind in der Aufsichtsrat gewählt: Dr. Töpfer (Feldmühle), Mr. Sherman, Dr. Marx (Barmer Bankverein), Dr. Schuenders (Hansbrosch) und die Geschäftsführer: Dr. Hirsch (Feldmühle) von der englischen Gruppe haben ihr Amt niedergelassen Edward Alton (Glossop), former W. M. Wallace (Dumy, Schottland), Conde Saubermann (Edinburgh), Bond & Co.

Der neue Tobis-Alt.

Die G.V. der Tobis-Diskont A.G. vom 15. Juli hat nun in den Aufsichtsrat gewählt: Milton Syndikat, New York, George E. Quigley, New York, und Direktor: Paul J. Adams, New York, Berlin.

Schwerer recht Schwierigkeiten bei Berlin-Karlsruher Werke.

Die Direktion der Berlin-Karlsruher Industrie-Werke A.G. mittel, stellen sich der Durchführung des in der G.V. vom 30. Juni 1930 gefassten Beschlusses, betr. Rückgang von einem Teil des Aktienkapitals um 100 pct. entgegen, insofern Schwierigkeiten entgegen, als die Steuerbehörde versucht, die Differenz zwischen Börsenkurs und Parkurs zu Gunsten der Aktionäre zu vermindern. Die Aktionäre sind durch diese Erhöhung ihres Einkommens, sie muß aber mit der Durchführung des gefassten Beschlusses so lange warten, bis dieser Einpruch in allen Instanzen zu ihrem Gunsten erledigt wird.

Schwerer recht Schwierigkeiten bei Berlin-Karlsruher Werke.

Die Direktion der Berlin-Karlsruher Industrie-Werke A.G. mittel, stellen sich der Durchführung des in der G.V. vom 30. Juni 1930 gefassten Beschlusses, betr. Rückgang von einem Teil des Aktienkapitals um 100 pct. entgegen, insofern Schwierigkeiten entgegen, als die Steuerbehörde versucht, die Differenz zwischen Börsenkurs und Parkurs zu Gunsten der Aktionäre zu vermindern. Die Aktionäre sind durch diese Erhöhung ihres Einkommens, sie muß aber mit der Durchführung des gefassten Beschlusses so lange warten, bis dieser Einpruch in allen Instanzen zu ihrem Gunsten erledigt wird.

